

nachrichten

Dezember
2018



Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages
und des Europäischen Parlaments e. V.

Editorial

Rita Pawelski

Informationen

Termine

Personalien

Bericht der Präsidentin
Dr. Edith Niehuis

Titelthema

Mitgliederreise
Schleswig-Holstein

Berichte / Erlebtes

Kontakttreffen
ehemalige MdL

Europäische Assoziation

Mitgliederveranstaltung
Frankfurt a. M.

Erlesenes

Aktuelles

Neue Mitglieder

Jubilare

© Carmen Pögelow (6)



Grundstein Berliner Schloss



Eingangsbereich Europäische Zentralbank



Aussicht vom Marine-Ehrenmal Laboe



Gorilla vor dem Kieler Landtag



„Lisa von Lübeck“



Neue Altstadt Frankfurt a. M.



© Thomas Refaizyk

In wenigen Tagen ist das Jahr 2018 Geschichte, Vergangenheit. Was war es für ein Jahr! Vielen wird der Supersommer im Gedächtnis bleiben: wochenlang Temperaturen um die 30° C, wochenlang kein Regen, aber dafür blauer Himmel und Sonne satt. Über unser Land hat sich ein Hauch mediter-

ranes Leben gelegt. Was könnten wir dieses Wetter genießen, wenn nicht die Schattenseiten genauso sichtbar wären: vertrocknete Felder und Wälder, Bauern, die sich um das Futter für ihre Tiere sorgen und Flüsse, die nicht mehr mit Schiffen befahrbar sind. Die Auswirkungen sind bis in den November hinein zu spüren: der Rhein trägt so wenig Wasser, dass Tankstellen nicht mehr per Schiff mit Benzin versorgt werden können und das große Unternehmen BASF, unser Reiseziel im nächsten Jahr, die Produktion drosseln muss.

Es war auch ein Jahr der Wahlen. In Bayern hat die quasi immer regierende CSU ihr schlechtestes Ergebnis eingefahren, unter 40 %. In Hessen haben beide großen Volksparteien eine Abstrafung der Wähler hinnehmen müssen. Freuen können sich die Grünen, die mit ihrer positiven, ja fast fröhlichen Darstellung ihrer Parteispitzen die Wähler begeistern konnten. Auch eine andere Partei kann sich freuen, leider! Bei allen Wahlen wurde die AfD mit einem zweistelligen Ergebnis ausgestattet.

Wir müssen uns fragen, warum werden Menschen gewählt, die offensichtlich aus der deutschen Vergangenheit nicht die richtigen Schlüsse gezogen haben. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und das Niedermachen von Minderheiten dürfen in unserem Land keinen Platz haben. Unser Grundgesetz ist die beste Lebens- und Arbeitsgrundlage für alle Menschen, die in unserem Lande leben und wohnen. Insbesondere ist es aber unverrückbar für unsere Politiker. Wenn sie unser Grundgesetz nicht beherzigen und akzeptieren, gehören sie nicht in den Deutschen Bundestag!

Ihre

Termine

9. / 10.4.2019	Frühlingsempfang und Mitgliederversammlung DPG
Mai 2019	Mitgliederveranstaltung mit Jahreshauptversammlung in Berlin (Termin offen)
6.6.2019	Sommerempfang DPG
4.9. – 6.9.2019	Mitgliederreise Rheinland-Pfalz
14.11.2019	Mitgliederveranstaltung in Potsdam

Personalien



© Bundesregierung / Sandra Steins

Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** zeichnete am 13.9.18 den früheren Bundestagsvizepräsidenten und Bundesminister **Dr. Rudolf Seiters** (r.) mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland aus. „Es gibt nur wenige Menschen, die die politischen Geschicke unseres Landes maßgeblich mitgestaltet und zugleich in herausragender Weise soziale Verantwortung übernommen haben“, so der Bundespräsident bei der Verleihung in Schloss Bellevue.



© Carmen Pögelow

Am 11.10.18 übergaben **Rita Pawelski**, Bundeswahlbeauftragte für die Sozialversicherungswahlen, und ihr Stellvertreter **Klaus Wiesehegel** (r.) den „Schlussbericht über die Sozialwahlen 2017“ an Bundessozialminister **Hubertus Heil, MdB**. Trotz des erfreulichen Stimmzuwachses gäbe es einen erheblichen Reformbedarf. Ein 10-Punkte-Reformkatalog fasst die Forderungen an die Politik zusammen, wie bspw. die Möglichkeit zur Online-Wahl oder die Einführung einer verpflichtenden Frauenquote bei der Aufstellung der Vorschlagslisten.



© Kirsten Steinbach

Für ihr Lebenswerk ist **Roswitha Verhülsdonk**, Parl. Staatssekretärin a. D. (r.), am 9.8.18 die Staatsmedaille des Landes Rheinland-Pfalz für besondere soziale Dienste verliehen worden. Angeregt wurde die Auszeichnung von der BAGSO, deren Ehrenvorsitzende die Preisträgerin ist. Unter den Gratulanten war auch Bundesministerin a. D. **Prof. Dr. Ursula Lehr** (im Hintergrund Enkelsohn Lukas).

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

2018 war für viele ein politisch turbulentes Jahr. Nach gescheiterten Koalitionsverhandlungen über Jamaika kam es erneut zu einer von vielen nicht angestrebten Großen Koalition. Diese tat sich schwer zu überzeugen und trug mit dazu bei, dass gegen Ende des Jahres zwei Landtagswahlen die vertraute politische Landschaft durcheinander wirbelten. Ehemals beliebte Volksparteien verloren an Zustimmung; eine rechte Partei zog in alle Parlamente ein. Und die erste Bundeskanzlerin kündigte ihren Rückzug an.

Das Wort „Denkzettelwahl“ machte die Runde, was eher nach Straffaktion und Abrechnung klingt, weniger nach einem Ringen des Volkes um die gewünschte politische Zukunft. Dieses ist politisch erlaubt, aber auch gefährlich. Das alles geschah kurz vor dem November 2018, jenem Monat, in dem vor 100 Jahren der Grundstein unserer Republik gelegt wurde. Dieses Datum war uns gerade einmal ein Festakt wert anstatt das ganze Jahr 2018 zu nutzen, uns allen die Geschichte unserer Demokratie in die Erinnerung zurückzurufen, sie und die sie zerstörenden Kräfte zu verstehen, zumal Studien zeigen, dass auch in unseren Schulen die Demokratievermittlung vernachlässigt wird.

Als Philipp Scheidemann in politisch aufrührerischen Zeiten am 9. November 1918 die Deutsche Republik ausrief, war das nicht nur eine geschichtliche Zäsur, nämlich das Ende der Monarchie, sondern auch eine konsequente Weiterentwicklung der schon im Kaiserreich vorhandenen Demokratiebestrebungen und letztendlich eine Wegweisung in eine Republik, die noch heute Bestand hat. Es war auch eine Absage an nationalistische Abrechnungen für die Folgen des 1. Weltkrieges und an ein politisches Modell, das ein Jahr zuvor durch die Oktoberrevolution der Bolschewiki im vergleichsweise rückständigen Russland zum Ende des Zarenreichs geführt hatte.

Dennoch belastete diese umstrittene Richtungsentscheidung die weitere demokratische Entwicklung Deutschlands. So verlor eine Große Koalition aus den Parteien SPD, Zentrum und DDP, die die demokratisch verfasste Weimarer Republik überhaupt erst ermöglichte, in den folgenden Wahlen immer weiter an Zustimmung, und antiparlamentarische Kräfte bekamen Zulauf. Was vor 100 Jahren erfolgreich auf den Weg gebracht wurde, führte schließlich in den Nationalsozialismus und zum 2. Weltkrieg. Wie gut wäre es doch gewesen, wenn wir das Jahr 2018 mehr genutzt hätten, daran zu erinnern.

Am 12. November 1918, also auch vor 100 Jahren, richtete der „Rat der Volksbeauftragten“ einen Aufruf mit Gesetzeskraft an das deutsche Volk, der das gleiche, geheime, direkte, allgemeine Wahlrecht für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen vorschrieb. Heute mag der Aufruf selbstverständlich daherkommen, vor 100 Jahren entschied er eine jahrzehntelange Auseinandersetzung und führte das Frauenwahlrecht ein.



Erst durch diesen Aufruf bekam die Demokratie ein solides Fundament, und ohne ihn hätte es keine Bundeskanzlerin und auch keine weiblichen Bundestagsabgeordneten gegeben.

Unsere Nachkriegsdemokratie zeigt sich seit 70 Jahren robust, obwohl dieses Modell weltweit dünn gesät ist. Sie ist nicht in Stein gemeißelt, sondern eher fragil ebenso wie das Frauenwahlrecht, das für das Recht der Frauen auf gleichberechtigte Mitbestimmung im öffentlichen Bereich steht. Dass der jetzige Bundestag mit 30,9 % einen geringeren Frauenanteil hat als der vorherige, zeigt, dass die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen nicht in allen Parteien eine Selbstverständlichkeit ist.

Ich wünsche mir für 2019, dass wir unsere rechtsstaatlichen Demokratien in Europa mehr verteidigen, und gesetzliche Initiativen, die zur Parität von Männern und Frauen im Bundestag beitragen. Und Ihnen wünsche ich Frohe Weihnachten und einen Guten Rutsch.

Ihre

Mitgliederreise Schleswig-Holstein

Landeshauptstadt Kiel



© Carner Pöglow (3)

Ehemalige im Gästehaus der Landesregierung Schleswig-Holstein

In Vertretung von Ministerpräsident **Daniel Günther** empfing dessen Stellvertreterin, Finanzministerin **Monika Heinold**, am Tag vor der Haushaltsdebatte des Landtages die Besuchergruppe der Ehemaligen.

Die Ministerin lobte die „wunderbare Koalition“ in Schleswig-Holstein und deren ausgezeichnete Zusammenarbeit sowie die positive Haushaltsentwicklung im Bundesland mit ausdrücklichem Dank an die „Steuerbürger“, welche diese gute Entwicklung ermöglichen.

Dem Landeshaushalt von etwa 13 Mrd. Euro p. a. stehen immer noch 26 Mrd. Euro Schulden gegenüber. Doch Sondervermögen sind gebildet, die auch zukunftsgerichtete Investitionen – etwa im Bildungs- und im Sicherheitsbereich – ermöglichen. Allerdings sei der



Kiels frühere Oberbürgermeisterin **Angelika Volquartz**, **Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein** und Finanzministerin **Monika Heinold** (v. l. n. r. vorne)



Landtagspräsident **Klaus Schlie**, MdL, und Präsidentin der Ehemaligen **Dr. Edith Niehuis**, Parl. Staatssekretärin a. D.

Reparaturbedarf, so die Ministerin, hoch, etwa in öffentlichen Gebäuden, wie z. B. Justizvollzugsanstalten oder auch Polizeigebäuden.

Die Einrichtung von weiteren Möglichkeiten für Abschiebehaft aus Schleswig-Holstein im Verbund mit Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg ist derzeit in Prüfung. Für die Koalition sei dies keine leichte Aufgabe, doch Innenminister **Hans-Joachim Grote** suche immer wieder und „sehr, sehr gut“ die möglichst breite politische Abstimmung der anstehenden Entscheidungen, so Frau Heinold.



Gästetribüne im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Ministerin Heinold fand bei ihren Gästen sehr positiven Widerhall, ebenso der Landtagspräsident **Klaus Schlie, MdL** – als Landtagspräsident in Schleswig-Holstein seit mehr als sechs Jahren der protokollarisch höchste Repräsentant des Bundeslandes. Zum anschließenden Empfang des Parlamentspräsidenten erschienen sämtliche Fraktionsvorsitzende des Landesparlaments sowie einige ehemalige Mitglieder des Landtages von Niedersachsen, die am gleichen Tag in Kiel ebenfalls Parlamentsgäste waren.

Klaus Dieter Reichardt



Irmingard Schewe-Gerig mit Ehemann und Rosel Neuhäuser mit Dr. Barbara Höll (v. l. n. r.) im Paternoster-Aufzug im Landtag Kiel



Shanty-Chor Windjammer Plön e. V. sorgt für gute Stimmung bei Ulla Burchardt, Ilse Janz, Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein, Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin a. D. und Peter Gerigk (v. l. n. r.)



Dr. Renate Hellwig (Mitte) mit Lebenspartnerin und Werner Maurischat, Vorsitzender Shanty-Chor

Hansestadt Lübeck



© Carmen Pägelow (5)

Nach kühlen Temperaturen und stürmischen Winden in Kiel empfing uns am zweiten Tag Lübeck mit strahlendem Sonnenschein. Ein geführter Rundgang durch die Altstadt gab einen Einblick in die Geschichte der Stadt. So sorgte die Handelsvereinigung „Hanse“ seit dem 12. Jahrhundert bis in die Neuzeit durch Freihandel und

friedliche Zusammenarbeit für großen Wohlstand in Lübeck und den anderen Mitgliedsstädten.

Das Stadtbild von Lübeck beeindruckt durch zahlreiche alte Bauten und historische Gebäude. Allein die Straße *Große Petersgrube* spiegelt mit seinen Giebelhäusern aus fünf verschiedenen Epochen die gesamte Baugeschichte Lübecks wider. Mit dem mittelalterlichen Stadtkern der Hansestadt wurde

1987 erstmals in Nordeuropa eine ganze Altstadt von der UNESCO als Weltkulturerbe anerkannt.

Wer die Stadt besucht, kommt natürlich nicht am – auch über Deutschlands Grenzen hinaus – berühmtem Lübecker Marzipan vorbei. Kein Wunder also, dass der eine oder die andere einem Besuch im Café Niederegger nicht widerstehen konnte.

Aber auch Museumsliebhaber kommen in Lübeck auf ihre Kosten. Die zahlreichen Museen mit seinen Sammlungen bürgerlichen Ursprungs decken eine große thematische Bandbreite ab. Besonders stolz ist Lübeck auf seine drei Nobelpreisträger: **Thomas Mann** (Literaturnobelpreis 1929), Bundeskanzler a. D. **Willy Brandt** (Friedensnobelpreis 1971) und **Günter Grass** (Literaturnobelpreis 1999), denen jeweils ein eigenes Museum gewidmet wurde.

Von Lübeck ging es dann am Nachmittag mit der „MS Hermes“ auf dem Wasserweg gemütlich weiter nach Travemünde und von dort zurück ins Hotel.

Carmen Pägelow



Willy-Brandt-Haus Lübeck

Laboe

Bei unserer sternförmigen Erschließung des Landes Schleswig-Holstein ging es am dritten Tag vom Hotel „Hohe Wacht“ eine gute Busstunde in westliche Richtung zum Ausgang der Kieler Förde, wo wir uns ausreichend Zeit ließen, um das Marine Ehrenmal in Laboe zu besuchen. Dabei hatten wir das Glück, in **Rudolf Harder** einen ausgezeichnet informierten und mit viel politischem Fingerspitzengefühl vortragenden Experten zu finden, der einfühlsam die Ziele des Mahnmals schilderte und die Fragen der Ehemaligen detailliert beantwortete.

Erstaunt nahm die Gruppe zur Kenntnis, dass das in den Jahren von 1927 bis 1936 von dem Düsseldorf Architekt **Gustav A. Munzer** entworfene Mahnmal mit dem 72 Meter hohen Turm vom Deutschen Marinebund e.V. ohne staatliche Zuschüsse gebaut wurde.



Nach dem Besuch der verschiedenen Gedenkhallen wurde noch das Hochseetauchboot U 995 besichtigt, das während des Zweiten Weltkriegs von Narvik aus im Einsatz war und das viel mehr ist als ein technisches Museum, nämlich eine Gedenkstätte zur Erinnerung an die 40.000 deutschen U-Bootfahrer des Zweiten Weltkrieges, von denen über 30.000 nicht mehr zurückkehrten.

Den Ausklang der gelungenen dreitägigen Reise bildete ein gemeinsames Mittagessen, bevor die fast 70 Teilnehmer mit den verschiedensten Verkehrsmitteln wieder in die deutschlandweit verstreuten Heimatorte aufbrachen.

Manfred Vohrer



Marine-Ehrenmal



Museums-U-Boot U 995

Kontakttreffen mit Ehemaligen der Landtage



© Carmen Papebow

wurde es in der DDR gesprengt, einzelne Teile anderweitig verbaut und an der Stelle entstand der „Palast der Republik“, den viele Bürger der DDR auch „Last der Republik“ nannten.

Am 28. Juni 2018 trafen sich die Vereinigungen der Mitglieder der ehemaligen Landtage der Bundesländer und der Vorstand der Vereinigung der Ehemaligen des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments im Jakob-Kaiser-Haus, um sich auszutauschen, Erfahrungen weiter zu reichen und Gespräche und Diskussionen zu führen über die Arbeit der Vereinigungen aber auch über aktuelle Themen, wie diesmal zur Datenschutz-Grundverordnung und

ihre Umsetzung. Es war das 10. Kontakttreffen, also eine Jubiläumsveranstaltung.

Der Tag begann mit einem Besuch der Baustelle des Berliner Stadtschlusses, einer der letzten Repräsentationsbauten im Zentrum Berlins. Nach Arbeitsschutzweisung und Einkleidung begann der Rundgang. Wir erfuhren, dass das Berliner Stadtschloss ab 1871 die Residenz des Deutschen Kaiserreiches war. Nach der Abdankung der Hohenzollern beherbergte es in der Weimarer Republik das so genannte Kunstgewerbemuseum Berlin und andere Institutionen. Im 2. Weltkrieg beschädigt,

2013 begann der Neuaufbau, nach alten Plänen aber mit einer neuen Idee. So sprach sich 2002 eine Expertenkommission für das Humboldt Forum im Stadtschloss aus. Was feststeht ist, dass die Sammlungen der außereuropäischen Kunst der Stiftung Preußischer Kulturbesitz aus dem Museumszentrum Dahlem in das Schloss verlegt werden und in Kombination mit den Beständen an europäischer Kunst auf der Museumsinsel einen Ort der Weltkultur bilden. Das geplante Veranstaltungszentrum soll Kulturen der Welt auf eine andere Art vereinen. Es ist längst nicht alles zu Ende gedacht, aber Berlin als Europäisches Zentrum wird auf jeden Fall um eine Weltattraktion reicher.

Michael Lersow

Vizepräsident Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten des Sächsischen Landtages e.V.

100 Jahre Frauenwahlrecht



© Deutscher Frauenrat / H.C. Pfannbeck

Elke Ferner, Parl. Staatssekretärin a. D., Leiterin Fachausschuss „Parität in Politik und Parlamenten“ beim Deutschen Frauenrat (ferner@frauenrat.de)

Am 12. November 1918 wurde das Frauenwahlrecht verkündet und am 19. Januar 1919 konnten Frauen in Deutschland zum ersten Mal wählen und gewählt werden. Der Frauenanteil in der Nationalversammlung betrug damals 8,7 Prozent.

Seitdem ist die Gleichstellung von Frauen und Männern zwar vorangekommen, aber nirgendwo vollständig erreicht, auch nicht in Politik und Parlamenten. Nur 30,9 Prozent Frauen vertreten die Hälfte der Bevölkerung im Deutschen Bundestag. Das sind so wenige wie zuletzt 1998.

Der Deutsche Frauenrat und seine 60 Mitgliedsverbände, die zusammen 12 Millionen Frauen repräsentieren, machen sich deshalb stark für Parität in den Parlamenten. Sie fordern, mit Wahlrechtsreformen sicherzustellen, dass Männer und Frauen je zur Hälfte in den Parlamenten vertreten sind – bei Listenmandaten und Direktmandaten. Der Verfassungsauftrag aus Artikel 3 Abs. 2 Satz 2 GG gilt auch für die Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten. Für das Parität-Gesetz in Frankreich haben sich frühere Ministerinnen stark gemacht – als ehemalige Abgeordnete sollten wir nun die Forderungen des Frauenrates unterstützen.

Europäische Assoziation

Kolloquium „Die Zukunft Europas“ in Straßburg



Delegierte: Klaus Francke, Dr. Edith Niehuis, Parl. Staatssekretärin a. D., EA-Ehrenpräsident Prof. Dr. Uwe Holtz, Dr. Elisabeth Altmann und Roland A. Kohn

Die Zukunft Europas: Nie wieder Krieg, nie wieder Diktatur – in Frieden und Demokratie zusammen leben! Unter diesem Motto fand vom 11. bis 13.10.18 ein Kolloquium der Europäischen Assoziation ehem. Abgeordneter der Staaten des Europarates statt. Grundlage der Veranstaltung war ein schriftlicher Bericht von Dr. Walter Schwimmer (Österreich), dem ausführliche Beratungen des Vorstandes und einer Arbeitsgruppe aus Mitgliedern unserer Vereinigung vorausgegangen waren.

Auf dem Kolloquium wurde eine Reihe von deutschen Änderungsvorschlägen sowie von anderen Delegationen eingebracht. In den lebhaften, zum Teil kontroversen, Diskussionen wurde festgestellt, dass frühere Erklärungen der europäischen Staaten und Institutionen zur Zukunft Europas nicht mehr den heutigen Stand neuer Entwicklungen, sowie die Ängste und Vorstellungen der Bürger in Europa widerspiegeln. Die Gespräche konzentrierten sich auf folgende Themen:

- Gefahr wachsenden Nationalismus
 - Sicherung der Grenzen und Steuerung der Immigration
 - Einhaltung der Grundsätze von Rechtsstaatlichkeit
 - Freiheit der Presse
 - Wirtschaftsentwicklung in Europa
 - Frauenrechte und Verstärkung des Schutzes von Kindern
 - Stärkung des Prinzips der Subsidiarität
 - Austritt Großbritanniens aus der EU
- Zusammenfassend war die Meinung der Mehrheit der Delegierten: Europa ist größer als die EU, deshalb sollte dem Europarat eine größere Bedeutung zukommen. Mehr und ein besseres Europa muss die zentrale Aufgabe der Zukunft sein.

Die Beschlüsse und eine Presseerklärung (englisch) können in der Geschäftsstelle angefordert werden.

Klaus Francke

Pferdewagen, Hightech und Korruption

Rumänien ist das Land der Vielfalt und Gegensätze. Davon konnte sich eine Gruppe der Vereinigung im Juni überzeugen. Da sind die pulsierende Zwei-Millionen-Metropole Bukarest, aber auch ländliche Regionen, in denen die Menschen wir vor 100 Jahren leben und arbeiten.

Das Land ist immer noch bitterarm, die Folgen der Ceausescu-Ära nicht überwunden. Der Kampf gegen die Korruption ist eines der Hauptthemen im Land, für das sich auch der seit 2014 gewählte Staatspräsident, **Klaus Iohannis**, verstärkt einsetzt.



Highlight der Reise: Präsident Klaus Iohannis (11 v. r.) empfängt Ehemalige im Schloss Cotroceni.

Mitgliederveranstaltung Frankfurt am Main

Europäische Zentralbank



© Carmen Págelow (7)

Schwerpunkte der EZB sind Preisstabilität, Stabilität der Banken und der gemeinsamen Währung. Alle zwei Wochen findet hier im 41. Stock die Sitzung des EZB-Rates zu den Beschlüssen von Leitzinsen, Sondermaßnahmen und Liquiditätssteuerung statt. Alle sechs Wochen tagt der Rat zu geldpolitischen Themen.

Die Ausführungen gaben genug Stoff für die anschließende Diskussion, bei der leider aufgrund der begrenzten Zeit nicht alle Wortmeldungen aufgerufen werden konnten. Inhaltlich ergaben sich Schwerpunkte wie: Unabhängigkeit der Banken, Beziehung der EZB zu nationalen Banken, Leitzinspolitik, Rettungsschirm für insbesondere fünf Länder, Krisensicherheit, Einflussnahme der USA auf den Euro-Raum. Auch die aktuelle Situation zum Brexit und zur Haushaltslage von Italien waren Themen der Diskussion. Durch ihre jahrelange Erfahrung insbesondere in der Bankenaufsicht blieb Frau Lautenschläger keine Antwort schuldig.

EZB-Direktoriumsmitglied Sabine Lautenschläger begrüßt Präsidentin der Ehemaligen Dr. Edith Niehuis, Parl. Staatssekretärin a. D.

Eine große Resonanz bei den Mitgliedern fand unsere Veranstaltung am 19.11.18 in Frankfurt. In dem beeindruckenden Gebäude der Europäischen Zentralbank (EZB) wurden die rund 90 TeilnehmerInnen in ca. 140 Metern Höhe (41. Etage) im EZB-Ratssaal von Direktoriums-

mitglied **Sabine Lautenschläger** empfangen. In ihrem einführenden Statement wies sie auf das Spannungsverhältnis zwischen Politik und Banken hin und erklärte, dass die Unabhängigkeit der Banken unabdingbar wäre. Gerade in einer Zeit des zunehmenden Nationalismus sei die Versuchung der Einflussnahme der Politik auf die Steuerung der Finanzmärkte groß. Die



Frühere Bundesminister Rainer Brüderle (l.) und Carl-Dieter Spranger (r.), Prof. Dr. Hans Hugo Klein, Parl. Staatssekretär a. D.



Rathaus „Römer“



Kaisersaal im „Römer“



Frankfurts Kulturdezernentin Dr. Ina Hartwig

Über die kommunalen Aufgaben der Stadt berichtete uns die Kulturdezernentin **Dr. Ina Hartwig** im zweiten Veranstaltungsteil im Rathaus „Römer“. Vor dem Hintergrund Frankfurts als wachsende Stadt (Zunahme der Bevölkerung um ca. 150.000 Einwohner in den letzten Jahren) sind schwerpunktmäßige Probleme die Wohnraumnot und die steigenden Mieten. Erfreulich zeigte sich die Stadträtin darüber, dass sich Frankfurt zunehmend als touristische Stadt entwickle und nicht nur Handels- und Messestadt sei. Die Neue Altstadt, die wir ebenfalls besichtigten, ist dafür ein gutes Beispiel. In der Diskussion mit der Kulturdezernentin wurden im Wesentlichen die kulturpolitischen Themen angesprochen, wie z. B. die Sanierung der städtischen Bühnen sowie des weltberühmten Grzimek-Zoos oder die Fertigstellung des Jüdischen Museums.



Dorothee Schilke, Barbara Imhof, Adelheid Tröscher, frühere Dezernentin in Frankfurt, Irmingard Schewe-Gerigk, Ursula Mogg, Wilhelm Altmann (v. l. n. r.)

Nach dem Gespräch besichtigten wir den berühmten Kaisersaal, in dem die Wahl der deutschen Kaiser stattfand. Mit insgesamt 52 Porträts findet man in diesem Raum die einzige vollständig erhaltene Galerie aller Kaiser und Könige des Heiligen Römischen

Reiches Deutscher Nation. Und von hier gelangt man auch auf den berühmten Balkon, auf dem sich Weltmeister und Pokalsieger von ihren Fans feiern lassen.

Clemens Schwalbe



Mein Leben nach der Politik

Prof. Ursula Männle

Eigentlich gibt es zur Zeit noch kein Leben nach der Politik – höchstens ein Leben nach dem Deutschen Bundestag!

Herbst 1994, gerade wieder gewählt in den Bundestag, nahm ich das Angebot von Ministerpräsident **Edmund Stoiber** an, als Ministerin für Bundesangelegenheiten in sein Kabinett einzutreten. Es folgte das Niederlegen des Mandats und ein Umzug auf die Bundesratsbank einschließlich Mitgliedschaft im Vermittlungsausschuss: ein irrer Job, da fast 100 Gesetze dort landeten und ein Kompromiss zwischen Schwarz/Gelb (Bundestag) und Rot/Grün (Bundesrat) gefunden werden musste.



Rede im Bundestag, Bonn 23.5.1980

Dann Herbst 1998 der Absturz durch verfehlten Einzug in den Bayerischen Landtag mit knapp 200 Stimmen. Ich fiel in ein tiefes Loch, hatte ich doch nicht mit einer Niederlage gerechnet, war völlig unvorbereitet.

Auch das Ministeramt war weg. Hinzu kamen viele menschliche Enttäuschungen. Ich hatte zwar Rückkehrrecht an meine Hochschule, aber dort war man froh, dass ich zunächst keinen Gebrauch machte, denn entgegen der Rechtslage war meine Professur besetzt worden. Sehr geholfen in dieser schwierigen Zeit hat mir die Wahl in den Vorstand der „Ehemaligen“.

Dann kam die Wende: ich rückte im Mai 2000 in den Bayerischen Landtag nach und blieb dort bis zu meinem Rückzug 2013.

Dieses Mal war ich gut vorbereitet, es sollte mir nicht mehr ergehen wie 1998. Ehrenämter gab es genug, die nichts mit der Politik zu tun hatten, insbesondere die Wahl zur Vorsitzenden der Pfälzer in Bayern. Die vielleicht wichtigste Aufgabe ist das Betreiben der größten Weinstube Deutschlands, der Pfälzer Residenz Weinstube am Münchner Odeonsplatz mit 500 Plätzen in der Residenz und ca. 200 Sommerplätzen im Renaissance Kaiserhof. Natürlich machte ich den Wirteschein und wähle mit meinen zwei Vorstandskollegen „eigenzünftig“ jeden Wein aus, der auf die Karte kommt.

Aber ganz habe ich der Politik nicht Lebewohl gesagt. Im Mai 2014 schlug mich **Horst Seehofer** für das Amt der Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung vor. Dieses Amt nahm ich gerne an.

Ohne Politik scheint es bei mir doch nicht zu gehen. Noch nicht!



Mit der pfälzischen Weinprinzessin Tanja Huber bei der Eröffnung des Pfälzer Weinfestes, 2016

Erinnern und Nutzen

Wolfgang Wieland

© Andreas Schätzl



Autogrammkarte, 2001

„Lebbe geht weider“ – diese serbo-hessische Weisheit von „Stepi“ Stepanovic, des ehemaligen Trainers von Eintracht Frankfurt, sie

stimmt. Und das Leben geht sogar gut weiter. Was machen sie denn danach? Dies wollten unzählige Medienleute wissen. Sie werden doch wohl nicht Ihren Enkeln auf dem Spielplatz zusehen wollen? Aber genau dies wollte ich und ansonsten war meine Standardantwort: Weiß ich alles nicht, ich war noch nie Rentner. Einen Plan hatte ich wirklich nicht. Nur den, selbstbestimmt eine zusammen 25jährige Zeit als Parlamentarier im Abgeordnetenhaus von Berlin und im Bundestag zu beenden. Nach kürzester Zeit war der Terminkalender wieder voll.

Für die Partei: Rechtsextremismus-Kommission, Pädophilie-Aufarbeitung, Grüne und Stasi. Fachliche Weiterführungen: Konsequenzen aus dem NSU-Komplex für Polizei und Nachrichtendienste, speziell im Land Hessen, Mitgliedschaft in der G10-Kommission, zuständig für die Kommunikationsüberwachung, Expertenkommission des Bundestages zur Zukunft der Stasiunterlagenbehörde.

Gesellschaftliches Engagement: z.B. aus aktueller Notwendigkeit im Berliner „Beirat für Zusammenhalt“ für die Flüchtlingsunterbringung in der Bevölkerung zu werben und später den Runden Tisch aller staatlichen und zivilen Akteure zu moderieren und aus andauernder Notwendigkeit im Beirat für Gefängnisseelsorge den Blick immer wieder auf Gefangene zu richten.

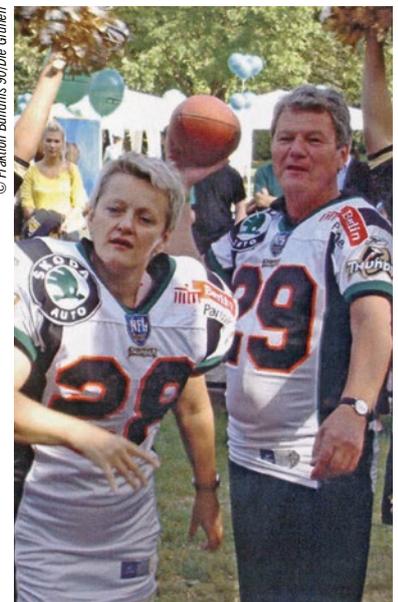
Dieses Jahr nun war geprägt durch den Rückblick auf 50 Jahre 1968 und vor allem für mich als stellvertretenden Präsidenten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge durch das Gedenken an das Ende des ersten Weltkrieges vor einhundert Jahren. Nie war der Satz von **Jean-Claude Juncker** so aktuell: Wer an Europa zweifelt, wer an Europa verzweifelt, der soll auf Soldatenfriedhöfe gehen.

© Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Öffentliche Fraktionssitzung am 26.5.1992 gegen die Öffnung des Brandenburger Tores für den Autoverkehr

© Fraktion Bündnis 90/Die Grünen



Familienfest im Wahlkampf, 1998

Erlesenes



Klaus Rose
Rapoto von
Ortenburg -
Griff nach der
Herzogwürde
BoD, 2018

Gebunden, 614 Seiten, 24,80 €
ISBN 978-3-75286-675-9

Der Autor befasst sich in diesem Roman mit dem Wirken der mittelalterlichen Adelsfamilie der Spanheimer, die ebenbürtig mit Stauern und Welfen, mit Babenbergern und Wittelsbachern das 12. Jahrhundert prägte.



Ludwig Elm
Geschichte eines
Historikers
Erinnerungen aus drei
deutschen Staaten
PappyRossa Verlag, 2018
Paperback, 395 Seiten, 28 €
ISBN 978-3-89438-685-6

Die Geschichte des Historikers ist exemplarisch für einen Gesellschaftswissenschaftler der DDR. Sie umfasst seine Lebensstationen von Kindheit, Schulzeit und Jugendjahren über Lehre und Studium bis zum Professor. Er schildert die erlebte Wende sowie seine Tätigkeit im Deutschen Bundestag.



Anke Eymmer (Hrsg.)
Unsere Mittelschule
Erinnerungen des Abschluss-
jahrgangs 1965 der Mittel-
schule Schönberg/Holstein
Eigenverlag, 2018
Gebunden, 168 Seiten, 30 €
ISBN 978-300-059705-3

Das Buch erinnert an eine Schulart, die es heute so nicht mehr gibt. Die personenbezogenen Beiträge der ehemaligen SchülerInnen erzählen eine kleine Sozialgeschichte ihrer Generation in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik.
Bestellungen an: aeymmer49@gmail.com

Personalien

Zum Thema „Chemnitz und die Folgen: Gerät der Rechtsstaat unter Druck?“ äußerte sich der CDU-Innenexperte **Wolfgang Bosbach** bei *maischberger* am 29.8.18.

Ebenfalls zu diesem Thema lud *maybrit illner* die frühere Fraktionsvorsitzende im sächsischen Landtag **Antje Hermenau** in die Sendung „Hetzjagd in Chemnitz – Bewährungsprobe für den Rechtsstaat“ am 30.8.18 ein.

Über „Chemnitz und die Folgen“ sprach auch der sächsische

Ministerpräsident **Michael Kretschmer** bei *Anne Will* am 2.9.18.

Die nordrhein-westfälische Umweltministerin **Ursula Heinen-Esser** sieht den hohen Plastikverbrauch in Deutschland kritisch. Schärfere politische Maßnahmen lehne sie dennoch ab. „Ich bezweifle, dass Verbote von Produkten und Strafzahlungen die richtigen Mittel sind, um Verhaltensänderungen zu bewirken“, so die CDU-Politikerin am 19.9.18 bei *maischberger* „Der Plastikfluch: billig, praktisch, gefährlich“.

Der frühere Umweltminister **Klaus Müller**, seit 2014 Vorstand des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen, diskutierte bei *maybrit*

illner am 20.9.18 zum Thema „Teurer Strom, billige Ausreden – scheitert die Energiewende?“. Er war außerdem Gast der Sendung „Politik im Diesel-Dunst – geht das Chaos weiter“ am 4.10.18.

In der Sendung *maischberger* „Watschn für Volksparteien: Wer braucht noch Union und SPD?“ vom 17.10.18 warnte **Rudolf Drebler**, Botschafter a. D., seine Partei davor, das Soziale als ihren Markenkern weiter aufs Spiel zu setzen.

In der Dokumentation *ZDFzoom* „Geheimakte Finanzkrise: Droht der nächste Jahrhundert-Crash“ vom 8.11.18 spricht **Ingrid Matthäus-Maier**, frühere Chefin der KfW, über die Bankenkrise.

Am 10.9.2018 verstarb der CDU-Politiker **Dr. Dietmar Kansy**. Als Vorsitzender der Baukommission des Deutschen Bundestages war er maßgeblich u. a. für den Umbau des Reichstagsgebäudes in Berlin verantwortlich. In seinem Buch „Zitterpartie; Der Umzug des Bundestages von Bonn nach Berlin“ schildert er das Ringen um den Parlaments- und Regierungssitz Berlin und seine bauliche Umsetzung. Dr. Dietmar Kansy gehörte von 1980 bis 2002 dem Deutschen Bundestag an.



Eröffnungsfeier: Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, Dr. Dietmar Kansy, Bundeskanzler Gerhard Schröder und Architekt Sir Norman Foster (v. l. n. r.), 19.4.1999

© Deutscher Bundestag, Referat PZ 1

Wir begrüßen als neue Mitglieder:

Helmut Brandt (CDU)
MdB 2005-2017

Klaus Peter Flosbach (CDU)
MdB 2002-2017

Robert Hochbaum (CDU)
MdB 2002-2017

Bettina Hornhues (CDU)
MdB 2013-2017

Hans-Werner Kammer (CDU)
Bürgermeister a. D.
MdB 2005-2009 u. 2010-2017

Michael Kretschmer (CDU)
Ministerpräsident Sachsen
MdB 2002-2017

Günter Lach (CDU)
MdB 2009-2017

Gabriele Lösekrug-Möller (SPD)
Parl. Staatssekretärin a. D.
MdB 2001-2017

Özcan Mutlu
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
MdB 2013-2017

Leyla Onur (SPD)
MdB 1994-2002

Prof. Dr. Hermann E. Ott
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
MdB 2009-2013

Richard Pitterle (DIE LINKE)
MdB 2009-2017

Dr. Hans-Joachim Schabedoth
(SPD)
MdB 2013-2017

Erika Steinbach (fraktionslos)
MdB 1990-2017

Karl-Georg Wellmann (CDU)
MdB 2005-2017



Bei den Aufnahmen für das Bild Seite 7 der Ausgabe Juni 2018 ist unsere Schriftführerin **Ulla Burchardt** im Bundestag „verloren gegangen“. Unser Vorstandsmitglied **Ernst Burgbacher**, Parl. Staatssekretär a. D., wurde versehentlich nicht genannt. Wir bitten um Entschuldigung!

Weihnachtsgebäck „Berliner Brot“:
500 g Mehl + 350 g Honig +
125 g Butter + 250 g gehackte
Nüsse und/oder Mandeln + 1 TL Zimt
+ 1 TL Nelkenpfeffer (Piment) +
2 EL Kakao + 1 Pk. Backpulver +
1 Pk. Vanillezucker
Backofen: 190°C / Umluft 160°C

Zutaten zu einem feuchten, zähen,
leicht bröckligen Teig vermengen (bei
Bedarf Milch hinzufügen)

Teig auf einem Blech verteilen, mit
einem verquirlten Ei bestreichen und
45-55 Min backen (Ofen vorheizen)

Direkt nach dem Backen in Streifen
(ca. 1 cm breit u. ca. 5 cm lang)
schneiden und auf einem Gitter
abkühlen lassen



Vorstand: Prof. Dr. Maria Böhmer, Jörg-Otto Spiller, Eduard Oswald, Dr. Barbara Höll, Dr. Edith Niehuis, Ulla Burchardt, Clemens Schwalbe, Jörg van Essen, Prof. Dr. Uwe Holtz, Ernst Burgbacher und Geschäftsführerin Rita Pawelski (v. l. n. r., abwesend Irmingard Schewe-Gerigk)

Die Geschäftsstelle wünscht besinnliche, erholsame und fröhliche Weihnachtstage. Für das kommende Jahr wünschen wir alles Gute, Glück, Gesundheit und Zufriedenheit. Auf ein Wiedersehen in 2019!

© DASL NRW



Preisträger Prof. Christoph Zöpel mit Laudator Prof. Norbert Lammert, Bundestagspräsident a. D. (l.)

Prof. Christoph Zöpel, Staatsminister a. D., ist von der Landesgruppe NRW der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung für sein Engagement mit dem Friedrich-Halstenberg-Preis ausgezeichnet worden.

Carlos Moedas, EU-Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation, ernannte **Prof. Dr. Jürgen Rüttgers**, Bundesminister a. D., als Sonderberater.

© Carmen Pöggelov



Vorstand: Prof. Dr. Maria Böhmer, Jörg-Otto Spiller, Eduard Oswald, Dr. Barbara Höll, Dr. Edith Niehuis, Ulla Burchardt, Clemens Schwalbe, Jörg van Essen, Prof. Dr. Uwe Holtz, Ernst Burgbacher und Geschäftsführerin Rita Pawelski (v. l. n. r., abwesend Irmingard Schewe-Gerigk)

Die Show-Tanzformation „revue en rose“ mit unserer Mitarbeiterin **Simone Thurow** (4. v. l.) holte bei den Jubiläum-Gay-Games 2018 in Paris den Weltmeistertitel. Mit der Show „Queer World“ setzten sich die Tänzer und Tänzerinnen gegen fünf konkurrierende Teams u. a. aus den USA und Dänemark durch. Herzlichen Glückwunsch!

© privat



Jubilare 1. Halbjahr 2019

95 Jahre

19.06. Klaus Hübner
Polizeipräsident a. D.
10709 Berlin

90 Jahre

27.01. Klaus Harries
21335 Lüneburg

01.04. Martin Horstmeier
32312 Lübbecke

09.04. Hans-Eberhard Urbaniak
44149 Dortmund

13.06. Dr. Heinz Günther Hüscher
41460 Neuss

20.06. Eugen von der Wiesche
48683 Ahaus

25.06. Prof. Dr. Max Kunz
92637 Weiden

85 Jahre

14.01. Manfred Wagner
66130 Saarbrücken

30.01. Dr. Karl-H. Klejdzinski
48249 Dülmen

09.02. Wilfried Böhm
34212 Melsungen

20.04. Ortrun Schätzle
79650 Schopfheim

24.05. Prof. Dr. Nils Diederich
14163 Berlin

09.06. Dr. Dieter Haack
Bundesminister a. D.
91054 Erlangen

85 Jahre

22.06. Hansmartin
Simpfendorfer
97990 Weikersheim

80 Jahre

05.01. Hermann Rind
97453 Marktsteinach

13.01. Norbert Geis
63739 Aschaffenburg

17.01. Karsten Knolle
06484 Quedlinburg

19.01. Ulrich Irmer
10405 Berlin

05.02. Robert Antretter
71522 Backnang

12.02. Jürgen Vahlberg
85551 Kirchheim

16.02. Adelheid D. Tröscher
60323 Frankfurt a. M.

01.03. Hermann Kroll-Schlüter
Staatssekretär a. D.
59581 Warstein

11.03. Prof. Dr. Hartmut Soell
69120 Heidelberg

28.03. Carl-Dieter Spranger
Bundesminister a. D.
91522 Ansbach

22.04. Dr. Theo Waigel
Bundesminister a. D.
87637 Seeg

10.06. Prof. Dr. Karl-Heinz
Hornhues
49134 Wallenhorst

80 Jahre

13.06. Siegrun Klemmer
14055 Berlin

15.06. Günter Rixe
33739 Bielefeld

25.06. Prof. Dr. Ernst Ulrich
von Weizsäcker
79305 Emmendingen

75 Jahre

07.01. Prof. Ursula Männle
Staatsministerin a. D.
82327 Tutzing

01.03. Erich Maaß
26386 Wilhelmshaven

03.03. Klaus Lennartz
50354 Hürth

19.03. Prof. Dr. Uwe Holtz
53125 Bonn

21.03. Wilhelm Josef Sebastian
13089 Berlin

29.03. Hans-Dirk Bierling
01558 Großenhain

06.04. Dr. Christine Lucyga
18055 Rostock

07.04. Ernst Küchler
Oberbürgermeister a. D.
51377 Leverkusen

09.04. Ludwig Stiegler
10557 Berlin

27.04. Walter Kolbow
Parl. Staatssekretär a. D.
97082 Würzburg

75 Jahre

12.05. Hans-Peter Kemper
46259 Heiden

13.05. Wilhelm Schmidt
38239 Salzgitter

16.05. Prof. Gert Weisskirchen
69168 Wiesloch

08.06. Verena
Künstel-Wohlleben
40477 Düsseldorf

26.06. Gerd Wartenberg
Staatssekretär a. D.
10997 Berlin

Wir gedenken

Elmar Pieroth
Senator a. D.
† 31.08.2018

Richard Wurbs
Bundestagsvizepräsident a. D.
† 07.09.2018

Dr. Erich Riedl
Parl. Staatssekretär a. D.
† 08.09.2018

Dr. Dietmar Kansy
† 10.09.2018

Dr. Fritz Wittmann
† 17.10.2018

Datenschutz: Die Vereinigung nimmt den Datenschutz der Mitglieder und aller Anfragenden ernst. Ihre personenbezogenen Daten werden vertraulich behandelt. So geben wir Ihre Daten an Dritte nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung weiter.

Herausgeber:

Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.
Unter den Linden 71 · 10117 Berlin
Telefon 030 / 22 79 20 28 · Fax 030 / 22 79 20 29
E-Mail: vemdb@t-online.de
www.ehemalige-abgeordnete.de, www.vemdb.de

Redaktion:

Rita Pawelski, Geschäftsführerin
der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V. (verantwortlich)
Rita Pawelski, Carmen Pägelow, Simone Thurow
Redaktionsschluss: 23.11.18

Realisierung:

Konzeption, Layout: Holger Ebeling
Druck: MOTIV OFFSET GbR